

Wat wählste?! 2.0 – Thesen – Formular für Parteien

Parteiename: Liste24.dg

Parteiename (kurz): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Liste24.dg

Listenlogo:

1. Alle Schülerinnen und Schüler der Deutschsprachigen Gemeinschaft sollen während der gesamten Sekundarschulzeit Englischstunden absolvieren.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, ob die Englischstunden andere Stunden ersetzen oder ob sie draufgepackt werden. Insofern macht eine Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

2. Vom Kindergarten bis zum Abitur sollte Schulbildung die Eltern nichts kosten. Für Schulmaterial sollte es eine jährliche Bezuschussung von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geben.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht eine Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

3. Religionsunterricht sollte ein Pflichtfach in der Schule bleiben.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, ob es sich um einen missionierenden oder aufklärenden Unterricht handelt. Falls es sich um einen aufklärenden Unterricht handelt, würde ich „stark zustimmen“, denn Religion spielt eine zu große Rolle in der Gesellschaft, um nicht ausführlich in aufklärerischem Sinne in der Schule behandelt zu werden.

Andernfalls „Starke Ablehnung“.

4. Grundlagen im Umgang mit moderner Technik (Umgang mit Computern, Textverarbeitungsprogrammen und der wichtigsten Software) und sozialen Medien (Medien- und Informationskompetenz) sollte bereits in der Primarschule unterrichtet werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, ob diese Unterrichtsstunden andere Stunden ersetzen oder ob sie draufgepackt werden. Insofern macht eine Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

5. Ein regionales, optional vegetarisches und kostenloses Mittagessen soll jedem Schüler und jeder Schülerin zur Verfügung gestellt werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht eine Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

6. Der Schuljahresrhythmus sollte dem der Föderation Wallonie-Bruxelles angepasst werden.

Erklärung: Schuljahresrhythmus getaktet durch 7 Wochen Schule mit anschließend 2 Wochen Ferien.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Es ist gut wie es ist. In den acht Wochen Sommerferien kann der Jugendliche besser völlig ausspannen und zudem eher einen Studentenjob antreten.

7. In allen Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sollte das Fach Bürgerkunde eingeführt werden.

Erklärung: Bürgerkunde beinhaltet Politische Bildung, Erklärungen zu Steuern und Umgang mit Geld, Versicherungen, Soziale Wissenschaften, Einführung in das Arbeitsrecht usw.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, ob diese Unterrichtsstunden andere Stunden ersetzen oder ob sie draufgepackt werden. Insofern macht eine Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

8. Die gesetzliche Mindestlehrlingsentschädigung sollte deutlich erhöht werden.

Erklärung: Die gesetzliche Mindestlehrlingsentschädigung ist der Lohn für Lehrlinge.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht eine Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

9. Das bedingungslose Grundeinkommen sollte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeführt und von ihr finanziert werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht eine Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

10. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte sich dafür einsetzen, dass in Belgien die Arbeitswoche auf eine 4 Tage-Woche à 34 Stunden gekürzt wird, ohne Lohneinbußen.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, WER das finanzieren soll.

11. Jeder Arbeitgeber muss zwei optionale Homeoffice Tage zur Verfügung stellen (falls die Arbeit, die ausgeführt wird, dies ermöglicht).

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Ungenaue Frageformulierung. Sind zwei Tage pro Woche oder pro Monate gemeint? Wie dem auch sei, die Politik sollte sich möglichst wenig in die Arbeitsplanung der Wirtschaft einmischen.

12. Ärztehäuser auf dem Land sollten durch die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziell unterstützt werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht die Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

13. Der Pflegeberuf soll durch bessere Rahmenbedingungen aufgewertet und attraktiver werden, indem eine kategorische Lohnerhöhung von 25% durchgesetzt wird.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht die Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

14. Aufgrund des demographischen Wandels sollten bezahlbare Pflegeplätze für alle Senioren als prioritär angesehen werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht die Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

15. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte das intergenerationelle Zusammenleben fördern und Projekte dazu weiterhin finanziell unterstützen.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht die Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

16. Die Entbindungsstation in Eupen soll wieder eröffnet werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht die Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

17. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte sich dafür einsetzen, dass der Arztbesuch in Deutschland genauso wie der Arztbesuch in Belgien von den Krankenkassen erstattet wird.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht erklärt wird, wie das finanziert werden soll. Werden die Ausgaben an anderer Stelle gekürzt, wenn ja, an welcher, oder sollen weitere Schulden gemacht werden. Insofern macht die Antwort in der vorgeschlagenen Form keinen Sinn.

18. Der Besuch in Kinderkrippen und bei Tagesmüttern muss bis zum Kindergarten gebührenfrei sein.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Es ist wirklich erstaunlich, dass keine der anderen Parteien die Ungleichbehandlung der Familien erkennt, die darin besteht, dass die DG nur die Eltern von Kleinkinder zusätzlich unterstützt, die die Betreuung ihrer Kleinen auslagern. Die Eltern, die diese wichtige Aufgabe selber übernehmen, bzw. organisieren (Oma kümmert sich um das Kleinkind), gehen bislang völlig leer ausgehen.

Das von ProdDG ausgegebene Ziel, „dass die Kinderbetreuung für alle zugänglich und bezahlbar bleibt“ ist der falsche Ansatz. Ziel muss sein, dass ALLE Kleinkinder GLEICH behandelt werden, sprich der DG gleich viel wert sind.

„Starke Zustimmung“, wenn den Eltern, die diese Dienste NICHT in Anspruch nehmen, ein Kindergeldzuschlag ausgezahlt wird, der den von der DG für die außerhäusliche Betreuung zur Verfügung gestellten Mitteln, pro Kleinkind pro Monat, entspricht.

Ansonsten „Starke Ablehnung“.

19. Eltern, die zuhause bleiben, um sich um ihr(e) Kind(er) bis zum Alter von zweieinhalb Jahren zu kümmern, sollten ihren Lohn zu 75% ausgezahlt bekommen.

Erklärung: Ab zweieinhalb können Kinder in den Kindergarten.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht gesagt wird, WER das finanzieren soll. Wenn es der Arbeitgeber finanzieren soll, dann „Starke Ablehnung“, wobei natürlich es dem Arbeitgeber freisteht, seinen Mitarbeitern eine solche Pause zu finanzieren. Wenn es die DG finanzieren soll, darf die Höhe des „Erziehungsgeldes“ nicht vom Lohn abhängen und muss auch den Eltern ausgezahlt werden, die nicht berufstätig sind. In dem Falle „Starke Zustimmung“.

Ich bin der Meinung, dass die möglichst baldige Rückkehr der Eltern in den Vollzeitberuf nicht höher gewichtet werden sollte, als die optimale Betreuung des Kleinkindes durch die Eltern. Dabei käme die häusliche Betreuung nicht nur dem Kleinkind, sondern auch den Eltern zugute.

Und natürlich steht es den Eltern frei, auf eine privatfinanzierte außerhäusliche Kleinkindbetreuung zurückzugreifen, wenn sie das vorziehen.

20. Für alle Asylsuchende ist ein Sprachkurs ausnahmslos verpflichtend.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Vergleiche mit Schulpflicht.

21. Für alle Asylsuchende ist Bürgerkunde ausnahmslos verpflichtend.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Vergleiche mit Schulpflicht.

22. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte Geschäfte finanziell unterstützen, die umweltschonende Maßnahmen ergreifen, wie beispielsweise *Too Good To Go*.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht gesagt wird, wie das finanziert werden soll.

23. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte plastikfreie Einkäufe im örtlichen Einzelhandel durch die finanzielle Beteiligung an Mehrwegverpackungen unterstützen.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht gesagt wird, wie das finanziert werden soll.

24. Es sollten ausschließlich erneuerbare Energien (Wind, Geothermie, Biogas, Solar, usw.) für die Strom- und Wärmeversorgung öffentlicher Gebäude in Ostbelgien genutzt werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Erst ist zu klären, ob das überhaupt technisch möglich ist. Des Weiteren ist die Frage unvollständig, da nicht gesagt wird, wie das finanziert werden soll.

25. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte TEC-Abonnements für Jugendliche unter 18 finanziell unterstützen.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht gesagt wird, wie das finanziert werden soll.

26. Vier Minister sind zu wenig für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Seltsam formulierte Frage. Wo kann ich ankreuzen, wenn ich der Meinung bin, dass 3 Minister ausreichen?

27. Die Amtszeiten der Minister sollten auf zwei Legislaturperioden befristet sein.

Erklärung: Eine Legislaturperiode ist die Periode, in der die Minister sowie die Abgeordneten im Parlament im Amt sind. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft beträgt diese Zeit fünf Jahre.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die DG hat zu wenig „Personal“ für derlei Einschränkung.

28. Die Ministerämter der Deutschsprachigen Gemeinschaft müssen gleichermaßen durch Frauen und Männer besetzt werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Verstehe nicht, wieso Kompetenz mit Geschlecht verknüpft wird.

29. Der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Regierungserklärung sollten in „Leichter Sprache“ veröffentlicht werden.

Erklärung: Der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft fasst alle Einnahmen und Ausgaben der Regierung zusammen. Man kann also erkennen, wohin die Steuern, die die Einwohner zahlen, fließen.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Starke Zustimmung, wenn „leichte Sprache“ nicht dazu dient, Fakten zu verschleiern, bzw. schön zu reden.

Starke Ablehnung, andernfalls.

30. Die Kampagne für die Standortmarke „Ostbelgien“ sollte abgeschafft werden, da Ostbelgien zu klein ist, um es mit einer eigenen Identität zu vermarkten.

Erklärung: Die Marke „Ostbelgien“ soll Ostbelgien als Wirtschafts- und Lebensstandort bekannt machen. Das bedeutet, Unternehmen sollen dadurch bekannter werden und unsere Region soll auch dadurch besser dargestellt werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

„Made in Ostbelgien“ klingt lächerlich, genau wie z.B. „Made in Seraing“

31. Die Deutschsprachige Gemeinschaft soll sich für den Bau bzw. Erhalt von Gebetshäusern aller Glaubensrichtungen einsetzen.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht gesagt wird, wie das finanziert werden soll.

Gebetshäuser, insofern sie jedem offen stehen, sind Bestandteil des Kulturerbes, als grundsätzlich erhaltenswert.

32. Die Deutschsprachige Gemeinschaft soll sich dafür einsetzen, öffentliche Plätze inklusiver zu gestalten und Flächen zu begrünen.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht gesagt wird, wie das finanziert werden soll.

33. Jeder Bürger der deutschsprachigen Gemeinschaft sollte sich bis zu seinem 30. Lebensjahr ehrenamtlich engagiert haben.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Zunächst müsste der Begriff „Ehrenamt“ präzise geklärt werden, damit Rechtssicherheit garantiert werden kann.

34. Das Angebot eines kostengünstigen Partytaxi am Wochenende für Jugendliche bis 25 sollte in der ganzen Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleistet werden.

Starke Zustimmung Zustimmung Neutral Ablehnung Starke Ablehnung

Die Frage ist unvollständig, da nicht gesagt wird, wie das finanziert werden soll.